



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 72. Ratssitzung vom 13. Dezember 2023

2626. 2023/430

Weisung vom 13.09.2023:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2024 (Detailbudgets und Globalbudgets), Kapitalaufnahmen 2024

Antrag des Stadtrats

Unter Ausschluss des Referendums:

1. a. Die Detailbudgets der Erfolgsrechnung und der Investitionsrechnung der Stadt Zürich für das Jahr 2024 werden genehmigt.
b. Die Globalbudgets der Stadt Zürich für das Jahr 2024 werden genehmigt.
2. Der Stadtrat wird ermächtigt, die zentral bei der Institution 1060 (Gesamtverwaltung) eingestellten Budgetkredite von Fr. 60 089 400.– für das städtische Lohnsystem (SLS) einschliesslich Spontanprämien und den Teuerungsausgleich (einschliesslich Arbeitgeberbeiträge) nach erfolgter Lohnrunde 2024 auf die Organisationseinheiten mit eigenen Lohnkonten zu übertragen.
3. Die ordentlichen Gemeindesteuern für das Jahr 2024 werden auf 119 Prozent der einfachen Staatssteuer festgesetzt.

Beratungsgrundlagen:

- a. Budget 2024, Vorlage des Stadtrats vom 13.09.2023
- b. Novemberbrief vom 01.11.2023
- c. Bericht der Rechnungsprüfungskommission (RPK) vom 04.12.2023
- d. Anträge der RPK vom 04.12.2023, einschliesslich Übersicht über die mit dem Budget zu behandelnden Vorstösse

Referat zur Vorstellung der Weisung: Florian Utz (SP), Präsidium

(Fraktionserklärungen siehe Beschluss-Nrn. 2618/2023–2624/2023)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

Wortmeldungen zum Eintreten siehe GR Nr. 2023/431, Beschluss-Nr. 2617/2023.



Eintreten ist unbestritten

Kommissionsmehrheit/-minderheit Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b:

Florian Utz (SP): Die RPK nimmt das Budget zur Kenntnis und stellte Anträge gestützt auf die von uns gestellten Fragen. Von allen Fraktionen liegen Anträge vor. Es gibt daher keine Fraktion, die mit jeder Nachkommastelle des Budgets bis ins letzte Detail zufrieden ist. Eine deutliche Mehrheit der RPK findet jedoch, dass es nach den Bereinigungen ein gutes oder zumindest akzeptables Budget ist und dass dieses Budget auf jeden Fall um Welten besser ist als ein Zustand ohne Budget, was bei der Ablehnung dieser Ziffer eintreten würde.

Johann Widmer (SVP): Auch hier ist die SVP nicht einverstanden mit dem Budget. Der Stadtrat sagte vor nicht langer Zeit: «Das Zürcher Parlament ist kein Spendenparlament.» Doch, es ist ein Spendenparlament. In der grossen Mehrheit der Budgetposten wird an linksgrüne Spendenempfänger gespendet. Die Erfahrung zeigt leider, dass das Budget wieder massiv zusätzlich verschlechtert wird. Das ist nicht im Sinne der SVP. Es ist kein sorgfältiger Umgang mit dem anvertrauten Geld. Das Gegenteil ist der Fall. Die Verschwendungssucht der linksgrünen Politikerinnen und Politiker findet hier ihren Fortgang. Das verschwenderische Politversagen der linksgrünen Regierung kann man gut am Budget und an den teuren Geschäften im Gemeinderat ablesen. Ihr habt vom Volk 130 Millionen Franken für euren Klimawahnkampf erschlichen – wo ist die Projektliste? Bis heute habe ich keine gesehen. Wie lange braucht ihr noch, um dem Volk die Wahrheit zu sagen, dass ihr nicht wisst, was ihr mit all dem Geld anfangen wollt? Ich will endlich konkrete Projekte sehen. Ihr baut extrem teure Schulhäuser. Mit Verwunderung habt ihr vielleicht festgestellt, dass die SVP im letzten Jahr immer wieder sagte, dass wir eigentlich Schulen und Schulhäuser brauchen. Leider aber überbortet ihr stark: Es ist nicht nur der «Züri-Finish», es sind Schulpaläste. Baut doch Standard-Schulhäuser. Wenn ein Künstler keinen Erfolg hat, dann rate ich ihm, nach Zürich zu ziehen, weil er hier bezahlt wird. Das ist Staatskunst und einen solchen Staat gab es im letzten Jahrhundert bereits einmal. Wenn ein Theater ein Programm hat, das ausschliesslich LGBTIQ+-Bezogenes macht, wird es nur von wenigen besucht und vom Staat unterhalten, damit es nicht eingeht. Wir fordern absichtlich keine Personalreduktion. Wir fordern aber eine generelle Verschlankung der Verwaltung: weniger Staat, mehr Freiheit. Allenfalls wäre ein Einstellungsstopp eine Lösung. Zum Glück habt ihr gerade den sogenannten Fachkräftemangel. Das verhindert, dass die Stadtverwaltung noch mehr explodiert, weil ihr zum Glück die Leute nicht findet. Wenn man verlangt, dass weniger Stellen ausgeschrieben werden, dann spart ihr an der Front, bei der Gärtnerin und bei der Kinderbetreuung, anstatt dass die Verwaltung abgeschafft wird. Es werden unzählige Gefälligkeitsgutachten aus Steuergeldern finanziert, die der Stadtregierung eine vermeintliche Legitimation geben, den linksgrünen Wahnsinn und ein autofreies Zürich zu finanzieren. Darum wollen wir um dreissig Prozent kürzen. Der Kreislauf um das städtische Geld ist



klar. Ein ungenaues Budget, das einen Aufwandüberschuss darstellt. Zwei Nachtragskredite und ein Novemberbrief kommen dazu. Jeden Mittwoch werden im Rat Steckenpferde finanziert, neue horrende Ausgaben geschaffen und niemand weiss genau, wohin das Geld fliesst. Die Rechnung schliesst am Ende mit einem Ertragsüberschuss ab, weil die Wirtschaft gut läuft und die Vermögenden in der Stadt viele Steuern bezahlen. Diesen Leuten sollte man Danke sagen und sie nicht nur ausnehmen. Stattdessen werden die Volksfeste abgeschafft. Ihr habt uns ins Zeitalter Zwinglis zurückkatapultiert und ihr seid dabei, Errungenschaften, die sogar aus eurer Küche der 68er-Bewegung gekommen sind, zu zerstören. Massive Budgetüberschreitungen bei Bau- und anderen Projekten grenzen an ungetreue Geschäftsführung. Seit Jahren erwirtschaftet die Stadt Betragsüberschüsse, die der Gemeinderat wieder verschleudert, anstatt dass die Steuern endlich gesenkt werden. Wir fordern darum wie in den vergangenen Jahren eine Steuerreduktion um 7 Prozent, den Abbau von Schulden, eine absolute Budgettreue, den Verzicht auf Nachtragskredite und eine Verwaltungsreform, um die Effizienz der Verwaltung zu verbessern und die Kosten zu senken.

Weitere Wortmeldungen:

Pärparim Avdili (FDP): *Es ist schade, dass die Grundsatzdebatte über das Budget vor den Detailabstimmungen über die Änderungsanträge durchgeführt wird und das Abstimmungsverhalten zum Gesamtbudget erst am Schluss ersichtlich ist. Die FDP hat sich darum wie auch im Vorjahr bei der Abstimmung in der RPK enthalten. Wir wollen zuerst verstehen, wie der Verlauf der Detailberatung der knapp hundert Anträge und der Begleitpostulate das Budget beeinflussen wird. Wir haben unsere Kritik zum Budget geäussert, sie steht nach wie vor fest. Die FDP will sich nicht als Totalopposition positionieren, sondern brachte Verbesserungsvorschläge ein. Es geht nicht darum, dass wir uns im Mikromanagement aufhalten und beispielsweise, wenn es um das masslose Stellenwachstum geht, in einzelnen Departementen Stellen streichen. Stattdessen stellten wir einen Pauschal-Streichungsantrag. Gleichzeitig äusserten wir bei der Wohnbaupolitik unsere Kritik und begleiteten sie mit Anträgen. In Abhängigkeit davon, wie unsere Anträge durchkommen, behalten wir uns vor, das Budget in der Schlussabstimmung abzulehnen.*

Samuel Balsiger (SVP): *STR Daniel Leupi sagte vorher, dass die 11 Milliarden Franken ein Koffer wären, den man auf die Reise mitnimmt und dass es nicht ein grosses Budget wäre wie beim Bund. 11 Milliarden Franken für eine Stadt Zürich mit 430 000 Einwohnern ist ein sehr grosses Budget. Wenn Sie das ins Verhältnis zum Bund setzen, müsste der Bund 2,6-mal mehr Geld ausgeben. Anstatt 80 Milliarden Franken wären es 230 Milliarden Franken. Sie müssen das Geld im Verhältnis sehen und verstehen. Es geht um sehr viel Geld, das jedes Jahr erarbeitet werden muss. Sie wissen, was geschieht, wenn etwas in der Weltwirtschaft nicht mehr läuft. Momentan findet sogar ein blutiger Konkurrenzkampf um die Vorherrschaft der Systeme statt: Demokratie gegen Diktatur; Osten gegen Westen. Wenn Sie wollen, dass das westliche Modell weiterhin funktioniert, dann müssen Sie klug agieren und Sie müssen verstehen,*



dass wir in der Wirtschaft in einem globalen Wettbewerb stehen. Sie können die Löhne nicht stets in die Höhe treiben. Im Verhältnis zur Zweiten und Dritten Welt haben wir bereits sehr hohe Produktions- und Lohnkosten. Das Einzige, was wir tun können, um das System, das wir im Westen haben, zu erhalten, ist, uns besser aufzustellen. Wir müssen über die Probleme sprechen. Sie wollen die linken Probleme negieren. Man darf nichts mehr sagen, das Wort wird einem verboten. Wir wollen die Probleme offen ansprechen. Wenn es in Zürich, in der Schweiz, in Europa nicht mehr läuft – nirgends läuft es wirklich noch gut – wo haben Sie das Versprechen an die Welt, dass das westliche System unterstützt werden soll? Es gab einst eine Zeit, in der das westliche System auf der ganzen Welt populär war. Autokratien und Demokratien sind auf dem Vormarsch. Wir sind gut aufgestellt, wenn wir uns gut aufstellen. Das heisst auch, den Staatsbetrieb kostengünstig und zukunftsfähig aufzustellen. Wir haben eine Wohlstandskrise. Sehr viele Leute stehen wegen den steigenden Kosten unter Druck. Diesen Menschen können wir jetzt beinahe unmittelbar eine Entlastung bieten. In der jetzigen Situation ist es angebracht, dass wir die Steuern massiv senken. Bei drei Prozent macht die SVP mit, aber das ist nicht die Entlastung, die beim Mittelstand im Portemonnaie ersichtlich ist. Bei sieben Prozent können Sie sicher sein, dass es eine Entlastung sein wird. Wir kümmern uns um den Mittelstand, um die kleinen Leute. Sie brauchen jetzt eine Entlastung.

Florian Utz (SP): *Finanzpolitik ist immer auch eine Politik der Prioritätensetzung. Darum ist es interessant, wenn man schaut, wo die Bevölkerung Prioritäten setzt. Ich spreche bewusst von der gesamten Bevölkerung und nicht nur von den Stimmberechtigten, weil es unser Anspruch ist, Politik für alle Menschen zu machen und nicht nur für die Menschen mit Stimmrecht. Fragt man die Bevölkerung, wo die grossen Sorgen sind und wo die Stadt mehr tun muss, dann haben wir einen Dauerbrenner, der ganz weit oben hinausschwingt: das Thema Wohnen. Beim Wohnen finden 82 Prozent der Bevölkerung, dass die Stadt zu wenig tut; für 11 Prozent macht es die Stadt genau richtig; für 7 Prozent macht die Stadt zu viel. Ich bin überrascht, dass sich SVP, FDP, Die Mitte/EVP und GLP einen Wettkampf liefern, wer von diesen 7 Prozent der Bevölkerung die meisten Stimmen erhält. Grüne und AL werben immerhin um 11 Prozent des Wählersegments mit einem Stimmverhalten, das durchgehend dem des Stadtrats entspricht. Die ganz grosse Mehrheit wird beim Wohnbau nur von der Sozialdemokratie vertreten. Auch jenseits des Wohnbaus müssen wir schauen, wo der Schuh der Bevölkerung drückt. Als zweitgrösste Sorgen haben wir Velorouten. 49 Prozent finden, dass der Stadtrat zu wenig macht. 26 Prozent finden inzwischen, dass genau richtig viel getan wird. Ein Viertel findet, dass zu viel geschieht. Die drittgrösste Sorge ist die Umwelt. Betrachtet man diese Themen und vergleicht man sie mit den Themen der Sozialdemokratie, dann stelle ich nicht unzufrieden fest, dass wir offensichtlich den Nerv der Bevölkerung getroffen haben. Von der bürgerlichen Seite wurde vor allem der Steuerfuss als das grosse Thema propagiert. Man muss sich fragen, wie der Mittelstand entlastet werden kann und welche Massnahmen dem Mittelstand am meisten helfen. Zur Frage, wie viel eine Steuerensenkung bringt, zitiere ich die NZZ, die zur Steuerensenkung des Kantons, die ein Prozent betrug, schreibt: «Die meisten Einwohner dürften es kaum spüren, dass der Steu-*



erfuss reduziert wird.» Was die Bevölkerung wirklich spürt, sind ständig steigende Kosten in anderen Bereichen. Wir diskutierten die Erhöhung der Taxen bei den Alterszentren um 6000 Franken. Ironischerweise fordern die drei Parteien, die eine Steuersenkung um drei Prozent verlangen, am gleichen Tag eine Gebührenerhöhung um 6000 Franken in den Alterszentren. Jeder von uns kann die Rechnung machen, wo der Mittelstand am Ende mehr bezahlt. Dem Mittelstand bringt es am meisten, wenn man nicht am Steuerfuss herumschraubt, sondern wenn man ihn auf andere Art und Weise entlastet. Wir fordern darum eine Reduktion bei den Krankenkassenprämien und eine Reduktion beim Abonnement für den öffentlichen Verkehr.

Markus Haselbach (Die Mitte): Im Prinzip nehmen wir das Budget an; wir finden es einigermassen in Ordnung. Es gibt einige Punkte, bei denen wir mit Anträgen Steigerungen reduzieren wollen, bei denen übertrieben wurde. Generell finden wir, dass beim Personalbereich nicht viel zugesetzt werden soll, ausser dort, wo es offensichtlich ist wie beispielsweise bei den Lehrern oder in Spitälern. An anderen Orten sollte man darauf achten, dass gewisse Arbeitsplätze von traditionellen Gebieten in die Digitalisierung verschoben werden können. Generell hat die Stadt das Budget an vielen Orten erhöht, wo es uns auch wichtig ist: für Soziales, für die Gesundheit, für Schulen und für Sicherheit. Wir finden darum, dass es nicht zusätzlich Anträge braucht, um noch mehr Geld zu sprechen als der Stadtrat fordert. Die Situation beim Thema Wohnen ist unbefriedigend. Die Nachfrage ist enorm und man wird sie nicht befriedigen können, solange es wirtschaftlich so gut läuft. Wir finden, dass möglichst viele Wohnungen gebaut werden können. Es ist schade, dass in den letzten Jahren gerade von der Gemeinderatsmehrheit einige Projekte verhindert wurden. Initiativen wie «Josef will wohnen» finden wir interessant: Freie Flächen sollen für Wohnen genutzt werden, wenn es in der Nähe bereits genügend Grünfläche gibt.

Sven Sobernheim (GLP): Ich weiss nicht, wer sich die Stadt oder die Welt einfacher macht: Samuel Balsiger (SVP) oder Florian Utz (SP). Ich fühle mich an die FAP-Debatte erinnert: Ich lebe in einer anderen Stadt als Sie. Man kann sagen, dass man den Mittelstand entlastet, wenn man bei den Gesundheitszentren für das Alter den Kostendeckungsgrad weit unten behält. Ich muss Sie jedoch ans Votum Ihres eigenen Stadtrats erinnern: Für dieses Problem haben wir die Ergänzungsleistungen. Wenn die SP sagt, sie sei die einzige Partei, die Wohnpolitik betreibt, dann schauen wir doch die heutige Medienmitteilung des Stadtrats zur BZO-Teilrevision «Harsplen» an. Es wurde nicht einmal geschafft, eine kleine Umzonung und ein kleiner Landtausch zu machen, um ein Areal gut erschliessen zu können. Vielleicht sagt man, dass Witikon nicht interessiert oder man sagt, dass man Wohnbauten von einer Stiftung nicht will, die der Zürcher Kantonalbank gehört – der Bank, die Sie gerne als Volksbank bezeichnen und an der wir wahrscheinlich mehr Kritik üben als Sie. Wir können mit dem Stadthof weitermachen, wo wir in der Altstadt neben der Bahnhofstrasse Wohnungen bauen wollen. Sie sagen, dass wir das Haus stehenlassen sollen. Das Haus ein energetisch «Schrott»: Sie wollen es erhalten. Zum Klassiker Neugasse muss ich nicht mehr sagen. Die Bevölkerungsbefragung ergab, dass es Velowege braucht. Wenn es die SP-Fraktion braucht, um der



SP-Tiefbauvorsteherin zu sagen, wie man Velopolitik macht, dann sind wir wieder bei der Aussage, dass die Stadtratsmitglieder unsere Angestellten sind. Das halte ich für die absurdeste Aussage des heutigen Tags. Ich wäre froh, wenn wir es einmal schaffen, über das Budget zu sprechen, ohne immer die gleichen hundert Votes zu hören. Wir wissen mittlerweile alle, was in den Parteiprogrammen der anderen Parteien steht.

Pärparim Avdili (FDP): *Wenn Florian Utz (SP) sagt, dass die Sozialdemokratie als einzige gute Wohnbaupolitik betreibt, dann frage ich mich, in welcher Stadt er im letzten Vierteljahrhundert gelebt hat. Seit über einem Vierteljahrhundert ist rotgrün an der Macht. Seit dieser Zeit trägt die linke Seite geführt von der SP aktiv und massgebend dazu bei, wie die Wohnbaupolitik gestaltet wird. Was geschah in dieser Zeit? Die Wohnpreise haben sich massiv zugespitzt und die Wohnbauproblematik verschlechterte sich massiv. Warum ist das so? Das hat mit eurer aktiven Politik zu tun. Die einzige Lösung im Wohnbauproblem seht ihr nur im Ausgeben von zusätzlichen Steuergeldern. Ihr nehmt es den einen Weg und gebt es letztlich einer kleinen Gruppe weiter, die davon profitieren darf. Die Glücklichen profitieren davon und das motiviert vielleicht andere Menschen zu glauben, dass sie vielleicht auch zum Zuge kommen, wenn sie rotgrün wählen: Vielleicht kauft die Stadt die Liegenschaft, in der sie leben, wenn sich die AL mit einer Petition dafür einsetzt. Dann kann die AL erzählen, dass die Stadt dank ihr die Wohnungen gekauft hat. Damit hält sie den Preis künstlich tief, während keine einzige zusätzliche Wohnung geschaffen wird. Nach dem Kauf wird die Stadt künstliche Abschreibungsbeiträge buchen, womit der Mietzins künstlich tief gehalten wird. Die soziale Ungerechtigkeit wird damit vergrössert, weil ganz wenige Dank dem Handeln von Rotgrün davon profitieren können. Was ist mit allen anderen Menschen, die nicht von diesem Glück profitieren können? Das ist eine Ungerechtigkeit, die mit der Wohnbaupolitik geschaffen wird. Eure Mittel sind keine Lösung. Man kann nicht die ganze Stadt aufkaufen. Es braucht darum andere Mittel für die rasche Schaffung von zusätzlichem Wohnraum für sämtliche Menschen. Mit all den aufgezählten Beispielen habt ihr das aktiv verhindert. Ein weiteres Beispiel, wofür es keinen Steuerfranken gebraucht und das sehr vielen Menschen geholfen hätte, war die Motion der FPD, die forderte die Liegenschaften im Bestand um ein Stockwerk zusätzlich erhöhen zu können. Die grösste Fraktion der Stadt versteckte sich hinter den zwei kleineren linken Parteien und hielt nicht ein einziges Votum dazu.*

Derek Richter (SVP): *Florian Utz (SP) hat recht: Der Wohnraum ist knapp. Er ist wegen der sozialistischen Wohnbauplanung zu knapp. In deinem Votum hast du erwähnt, wie viele Leute sich Sorgen wegen der Mieten machen. Hundert Prozent der Immobilienbesitzer und von denen, die gerne Immobilien besitzen würden, sind ebenfalls sehr besorgt, denn sie können es sich nicht mehr leisten. Es wäre ein Bundesverfassungsauftrag, den Wohnungsbau – das Wohneigentum – zu fördern. Ihr tretet diesen Verfassungsartikel mit den Füßen. Das ist ein Fakt. Das beste Beispiel hat Pärparim Avdili (FDP) angedeutet. Im Bereich des Grundstückeigentums durch die Stadt haben wir eine massive Überbezahlung. Gerade am 6. Dezember erhielten wir eine wunderschöne Medienmitteilung: «Grosses Gewerbeareal wird städtisch». Auf diesem Areal wird für den*



Quadratmeter durch die Stadt 4000 Franken bezahlt – am Stadtrand. Welcher private Investor würde einen solchen Betrag bezahlen? Ganz sicher keiner. Weil es ein grosses Grundstück ist, betragen die Kosten 140 Millionen Franken. Raten Sie, warum man in dieser Stadt keine Wohnungen und keine Gewerbeflächen zu einem einigermaßen akzeptablen Preis mehr mieten kann? Eure Politik im Bereich Wohnbau ist gnadenlos gescheitert.

Karin Weyermann (Die Mitte): Dein Votum hat mich irritiert Florian Utz (SP) und deine Kritik an der Fraktion Die Mitte/EVP im Bereich Wohnen im Zusammenhang mit dem Budget erst recht. Schliesslich unterstützen wir alle Abschreibungsbeiträge an die verschiedenen Wohnbaustiftungen. Auch tragen wir zum Grossteil die Politik der Stadt im Bereich Wohnbau mit. Natürlich hört sich dein Rundumschlag gegen alle anderen Parteien gut an. In letzter Zeit habt ihr bei diversen Wohnbauprojekten keine Glanzrolle gespielt und nicht dafür gesorgt, dass man in Zürich zusätzliche und auch gemeinnützige Wohnungen erhielt. Wir setzen nicht nur auf Solidarität, sondern durchaus auch auf Eigenverantwortung.

Tanja Maag Sturzenegger (AL): Bei der Budgeteintrittsdebatte sind wir in die Wohnpolitik abgedriftet. Das muss man auf Florian Utz (SP) zurückführen: Er hat eine kleine Bombe in den Saal geworfen. Ende der Neunzigerjahre, als die FDP noch an der Macht war, habe ich noch nicht in der Stadt gelebt. Aber ich habe mir sagen lassen, dass damals alle Leute aus der Stadt geflüchtet sind: Kein Wunder gab es freien Wohnraum. Die Neugasse war ein Volksentscheid und wurde nicht von linksgrün entschieden. Wir machen uns nicht für Petitionen aktiv. Wir unterstützen Leute, die sich mit dem Mittel der Petition wehren wollen; wir sind nicht die, die die Petition schliesslich einreichen. Die AL verfolgt in der Wohnbaupolitik sinnvolle und vom Budget losgelöste Ansätze.

Samuel Balsiger (SVP): Florian Utz (SP) nahm Bezug auf die Volksbefragung, bei der 81 Prozent sagten, dass sie mit dem Wohnangebot unzufrieden sind. Seit über zwanzig Jahren seid ihr auf allen Ebenen an der Macht. Ihr versprecht der Bevölkerung «endlich günstige Wohnungen». Wo sind die günstigen Wohnungen? Wenn 81 Prozent von eurem Hauptversprechen enttäuscht sind, dann sind 81 Prozent von der rotgrünen Politik enttäuscht. Die Volksbefragung müsste zeigen, dass 81 Prozent zufrieden sind. Dann könnt ihr auf eure Schultern klopfen. Ihr habt euch aber dafür auf die Schultern geklopft, dass 81 Prozent von eurem Hauptversprechen enttäuscht sind. Ist das eure Politik? Es stimmt, dass aufgrund von politischen Entscheiden Wohnungen in Zürich verhindert werden. Aber das Hauptproblem ist der Zustrom in die Stadt. Seit der Personenfreizügigkeit ist die Stadt um knapp 80 000 Personen gewachsen. Heute haben wir eine Leerwohnungsziffer von 0,06 Prozent. Wäre die Einwanderung halb so gross gewesen, würde die Leerwohnungsziffer bei 7,5 Prozent liegen. Dann würden 18 000 Wohnungen freistehen. Das Hauptproblem kann also nicht in der Stadt gelöst werden, sondern beim Bund. Irgendwann wird auch die Mehrheit der Bevölkerung erkennen, dass ihr leere Versprechen abgibt, denn 81 Prozent sind von eurer Wohnbaupolitik enttäuscht.



Dr. Florian Blättler (SP): *Ich bin immer wieder überrascht von Samuel Balsiger (SVP), wenn er von der guten, alten Zeit spricht. Früher sei in der Stadt noch alles gut gewesen. Gleichzeitig fordert er Steuersenkungen: Dabei war der Steuerfuss früher höher. Vor allem waren die Unternehmenssteuern signifikant höher. Die Bodenpreise lagen bereits auf dieser Höhe, bevor der Stadtrat als grössere Käuferin auftrat. Die Bodenpreise sind also nicht die Folge davon, dass der Stadtrat jetzt als Käuferin auftritt. Argumentiert wurde, dass wenige davon profitieren, dass die Steuerzahler Wohnungen bezahlen. Das ist grundsätzlich falsch. Der Wohnbau ist im Allgemeinen selbsttragend. Es wird also kein einziger Steuerfranken dafür aufgewendet, dass die Leute wohnen können. Die Wohnungen werden selbstfinanziert, die Stadt ist die Eigentümerin und nahm entsprechend Kredite bei der Bank auf. Bezahlt werden diese aber über die Mieteinnahmen der Stadt. Die SVP erwähnte mehrmals die Inflation und steigende Mietpreise. Die Lösung der SVP ist, dass Steuern gesenkt werden. Auf der einen Seite haben wir die Wohnungsmieten, die um mehrere hundert Franken im Jahr gestiegen sind. Gleichzeitig schlagen Sie Steuersenkungen vor, die im Median vielleicht hundert Franken pro Familie ausmachen. Sie glauben, dass damit das Problem gelöst ist. Es handelt sich nur um einen Tropfen auf den heissen Stein und nimmt dort Geld weg, wo tatsächlich etwas getan werden kann. Im Jahr 2022 erzielten beinahe alle Immobilienkonzerne Rekordgewinne. Gleichzeitig waren die Mietzinsen auf dem Höchststand. Was ist Ihre Lösung? Dass wir weiter deregulieren sollen, damit die Mietzinsen weitersteigen können. Gleichzeitig sollen die Firmen weiterhin entlastet werden, damit es noch mehr Anreiz gibt, noch mehr Gewinn zu erzielen, da dieser als einziges weniger belastet ist. Das alles soll auf Kosten der Bevölkerung erfolgen.*

Beschlüsse:

Antrag 001.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Johann Widmer (SVP): *Es wird Zeit dafür, dass endlich die überbordenden Gutachten und die anderen externen Arbeiten gekürzt werden. In einigen Fällen – das sehen wir auch – kommt man nicht darum herum, da es sich nicht lohnt, eigene Ressourcen aufzubauen. Aber die Gefälligkeitsgutachten für Tempo 30, Velounsinn, LGBTIQ+-Ausgaben, Hitzeminderung, Schwammstadt, Baumpflanzungen und so weiter nehmen massiv zu. Es sind alles Themen, die der Bevölkerung schmackhaft gemacht werden können, weil ihr ja den unwiderlegbaren Beweis durch ein Gutachten habt, dass es nötig ist. Aus diesem Grund wollen wir eine Kürzung um dreissig Prozent. Wir sagen nicht wo, eigentlich spielt das uns keine Rolle. Weil wir einen Tabellenantrag machen mussten, haben wir den Abzug überall verteilt, eigentlich soll aber der Stadtrat entscheiden, wie er die dreissig Prozent einspart. In der Diskussion innerhalb der Fraktion kam die Frage*



auf, ob man an einigen Stellen in der Stadt die falschen Leute angestellt hat und es daher so viel externe Unterstützung braucht? Diese Frage blieb offen und wir wollten sie nicht wirklich stellen, weil wir die Antwort fürchten.

Felix Moser (Grüne): Tabellenanträge haben immer etwas Willkürliches an sich. Die SVP will nicht jedes Detail vorgeben, der Stadtrat soll um dreissig Prozent kürzen. Dass man nicht jedes Detail vorgibt, ist mir eigentlich sympathisch. Das Problem ist jedoch, dass auf knapp zwei Seiten für jedes Konto und für jede Dienstabteilung festgehalten ist, wie viel eingespart werden muss. Daher handelt es sich um ein Müssen – das Geld muss überall wie aufgeführt gestrichen werden. Daher ist es ein Widerspruch, wenn eine Kürzung um dreissig Prozent verlangt wird. In der RPK werden wir im nächsten Jahr über Globalbudgets diskutieren und ob das überall eingeführt werden soll. Dann wäre so etwas eher möglich. Ihr sagt, dass es Gefälligkeitsgutachten sind. Das muss ich klar abstreiten. Die Stadt kann das alles lange nicht mit eigenem Personal umsetzen. Sie sehen das beispielsweise bei Organisation und Informatik (OIZ). Dort sollen 10 Millionen Franken für externe Analysen eingespart werden. Diese Streichung würde wahrscheinlich bedeuten, dass hundert zusätzliche Stellen gebraucht werden. Man kann nicht auf alles verzichten; die Logik geht nicht auf. Die 28 Millionen Franken, die eingespart werden sollen, sind in der Regel Aufträge an KMU in der Stadt und in der Umgebung. Diese Aufträge würden dann wegfallen. Ich hoffe, die FDP hat das auch gehört und wird sich beim fünften Postulat daran erinnern. Ich stelle also fest, dass es sich um einen sehr gewerbefeindlichen Antrag der SVP handelt.

Weitere Wortmeldungen:

Martin Bürki (FDP): Die FDP war noch in der Enthaltung. Vor einem Jahr brachten wir einen ähnlichen Antrag mit zehn Prozent. Für uns ist unbestritten, dass es noch Luft gibt: Eine Streichung ist möglich. Dreissig Prozent sind jedoch zu viel. Felix Moser (Grüne) hat es richtig gesagt; wir sind hier logisch unterwegs und wechseln in die Mehrheit. Ich freue mich, wenn die Grünen nachher unser Postulat unterstützen werden.

Stephan Iten (SVP): Ich verstehe nicht, wie man sich immer noch für die Gefälligkeitsgutachten aussprechen kann. Der damalige Stadtrat Richard Wolff hatte für die Bellerivestrasse so lange ein Gutachten gesucht, bis er eines gefunden hat, das sagte, dass sie mit einer Spur funktionieren kann, wenn nichts geschehen wird. Es gab vorher etwa fünf Gutachten, die sagten, dass der Abbau nicht machbar ist: Wenn wir Stau auf zwei Spuren haben, ist es nicht möglich, dass auf einer Spur weniger Stau entsteht. Bei der Rosengartenstrasse war es dasselbe. Man sucht so lange ein Gutachten, bis man eines findet, das einem passt. Es war ein Gutachten, das sagte, dass Tempo 30 keinen Einfluss auf die Kapazität haben wird. Es müsse dann aber unbedingt mehr Geld für den öffentlichen Verkehr ausgegeben werden – denn dort würde seltsamerweise ein Kapazitätsverlust entstehen. In der OIZ werden 35 Millionen Franken für Fachexperten und Gutachten ausgegeben. Wir haben Robyn Stünzi; brauchen wir dann noch zusätzliche



Fachexperten? Für mich ist sie eine Expertin, die kompetent ist. Die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde gibt 900 000 Franken für Fachexperten und externe Gutachten aus. Für Viventa15plus braucht es ebenfalls externe Berater. Die Stadt hat so viele Angestellte und Sie wollen noch mehr holen. Zürich sollte in der Lage sein, Gutachten selbst zu erstellen. Dann würden Sie selbst auch wissen, dass es nicht umsetzbar ist. STR Simone Brander hätte genau gewusst, dass die Bellerivestrasse nicht auf eine Spur reduziert werden kann, wenn sie das Gutachten in ihrem eigenen Departement erstellen lassen hätte. Es ist nicht gewerbefeindlich, wenn man die externen Gutachten so lange missachtet, bis eines gefunden wird, das einem passt. Es braucht nicht so viele Gutachten und man muss nicht nach jedem Gutachten nochmal eines in Auftrag geben.

Dr. Florian Blättler (SP): Grundsätzlich hat dieser Rasenmäher-Antrag das Problem, das all diese Anträge haben: Er nimmt keine Rücksicht auf die individuellen Bedürfnisse der einzelnen Dienstabteilungen. Ich gebe der SVP recht: Man kann sich jeweils fragen, ob es tatsächlich notwendig ist, diese Aufträge Externen zu erteilen oder ob die Stadt das nicht selbst ausführen kann – wir haben viele städtische Angestellte. Es gibt aber ein Problem, beispielsweise in der OIZ: Das benötigte Personal ist nicht auf dem Arbeitsmarkt erhältlich. Wir haben eine Netzwerksicherheit; wenn diese gestrichen werden soll, haben wir ein Problem. Die städtische Netzwerksicherheit ist in der heutigen Zeit ein sehr entscheidendes Problem. Wenn wir das Personal nicht selbst rekrutieren können, müssen wir es einkaufen.

S. -	10 3132 00 000	BEHÖRDEN UND GESAMTVERWALTUNG Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
001.	Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf inkl. Nachtrag		Mehrheit	Vizepräsidium Felix Moser (Grüne) Referat, Präsidium Florian Utz (SP), Dr. Florian Blättler (SP), Markus Haselbach (Die Mitte), Tanja Maag Sturzenegger (AL), Tiba Ponnuthurai (SP), Sven Sobernheim (GLP), Barbara Wiesmann (SP)
		28 451 000		Minderheit	Johann Widmer (SVP) Referat
				Enthaltung	Përparim Avdili (FDP), Martin Bürki (FDP)
		Begründung: 30 % kürzen, keine Gefälligkeitsgutachten mehr. Die Stadt hat genügend Personal - wir nehmen an, dass das Fachleute sind.			



3132 00 000 Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.					
Institu- tion	Bezeichnung	Budget bis- her	November- brief	Ver- besserung	Budget neu
1000	Gemeinde	15 000	0	4 500	10 500
1005	Gemeinderat	200 000	0	60 000	140 000
1007	Finanzkontrolle	85 000	0	25 500	59 500
1010	Ombudsstelle	10 000	0	3 000	7 000
1020	Stadtkanzlei	1 016 000	0	304 800	711 200
1025	Abteilung Rechtskonsulent	4 500	0	1 400	3 100
1035	Datenschutzstelle	34 200	0	10 300	23 900
1070	Betreibungsämter (Stadtamtsfrauen und Stadtammänner)	34 100	0	10 200	23 900
1080	Friedensrichterinnen- und Friedensrichter-ämter	83 000	0	24 900	58 100
1500	Präsidialdepartement Departementssekretariat	751 500	0	225 500	526 000
1505	Stadtentwicklung	688 000	0	206 400	481 600
1506	Fachstelle für Gleichstellung	48 000	0	14 400	33 600
1510	Kultur	1 132 500	0	339 800	792 700
1530	Bevölkerungsamt	394 000	0	118 200	275 800
1561	Projektstab Stadtrat	410 000	0	123 000	287 000
1565	Stadtarchiv	75 000	0	22 500	52 500
1575	Statistik Stadt Zürich	50 000	0	15 000	35 000
2000	Finanzdepartement Departementssekretariat	349 000	0	104 700	244 300
2015	Finanzverwaltung	588 500	0	176 600	411 900
2021	Liegenschaften Stadt Zürich	1 714 900	0	514 500	1 200 400
2034	Wohnen und Gewerbe	1 440 500	0	432 200	1 008 300
2035	Gastronomie	440 500	0	132 200	308 300
2036	Parkierungsbauten	81 000	0	24 300	56 700
2050	Human Resources Management	873 000	0	261 900	611 100
2051	Stadtweites Case Management am Arbeitsplatz	55 000	0	16 500	38 500
2080	Organisation und Informatik	35 360 100	0	10 608 000	24 752 100
2500	Sicherheitsdepartement Departementssekretariat	104 100	0	31 200	72 900
2520	Stadtpolizei	3 176 400	0	952 900	2 223 500
2525	Stadtrichteramt	399 000	0	119 700	279 300
2550	Schutz & Rettung	1 178 000	0	353 400	824 600
2551	Bildungszentrum Blaulicht	21 000	0	6 300	14 700
2555	Dienstabteilung Verkehr	55 000	0	16 500	38 500
3000	Gesundheits- und Umweltdepartement Departementssekretariat	860 000	0	258 000	602 000
3010	Städtische Gesundheitsdienste	1 413 300	0	424 000	989 300
3045	Umwelt- und Gesundheitsschutz	7 929 000	0	2 378 700	5 550 300
3500	Tiefbau- und Entsorgungsdepartement Departementssekretariat	280 000	0	84 000	196 000
3501	Fonds des überkommunalen Strassennetzes	100 000	0	30 000	70 000
3515	Tiefbauamt	6 335 600	0	1 900 700	4 434 900



3535	Entsorgung + Recycling, Abwasser	1 571 800	160 000	519 500	1 212 300
3550	Entsorgung + Recycling, Abfall	1 996 500	200 000	659 000	1 537 500
3555	Entsorgung + Recycling, Fernwärme	1 261 600	0	378 500	883 100
3560	Entsorgung + Recycling, Stadtreinigung	360 000	0	108 000	252 000
4000	Hochbaudepartement Departementssekretariat	2 628 000	0	788 400	1 839 600
4015	Amt für Städtebau	3 500 000	0	1 050 000	2 450 000
4020	Amt für Hochbauten	610 000	0	183 000	427 000
4035	Amt für Baubewilligungen	250 000	0	75 000	175 000
4040	Immobilien Stadt Zürich	885 000	0	265 500	619 500
4500	Departement der Industriellen Betriebe Departementssekretariat	1 110 000	0	333 000	777 000
4525	Wasserversorgung	1 512 900	0	453 900	1 059 000
4540	Verkehrsbetriebe	4 520 600	0	1 356 200	3 164 400
5000	Schul- und Sportdepartement Departementssekretariat	315 000	0	94 500	220 500
5005	Schul- und Büromaterialverwaltung	10 000	0	3 000	7 000
5010	Schulamt	1 501 700	0	450 500	1 051 200
5026	Musikschule Konservatorium Zürich	32 000	0	9 600	22 400
5030	Heilpädagogische Schule Zürich	56 100	0	16 800	39 300
5031	Schule für Kinder und Jugendliche mit Körper- und Mehrfachbehinderungen Zürich	37 900	0	11 400	26 500
5032	Schule Fokus Sehen	6 000	0	1 800	4 200
5033	Viventa15plus	5 900	0	1 800	4 100
5050	Schulgesundheitsdienste	53 600	0	16 100	37 500
5063	Fachschule Viventa	83 700	0	25 100	58 600
5500	Sozialdepartement Departementssekretariat	660 200	0	198 100	462 100
5510	Support Sozialdepartement	312 000	0	93 600	218 400
5515	Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV	270 000	0	81 000	189 000
5520	Laufbahnzentrum	85 000	0	25 500	59 500
5530	Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich	900 000	0	270 000	630 000
5550	Soziale Dienste	557 000	500 000	317 100	739 900
5560	Soziale Einrichtungen und Betriebe	1 098 100	0	329 400	768 700
	Total	93 975 300	860 000	28 451 000	66 384 300

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 110 gegen 11 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Beratung siehe Sitzung Nr. 73, Beschluss-Nr. 2626/2023).



13 / 13

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat